

Verdeckte Preiserhöhungen und Qualitätseinbußen nehmen zu

Die heimliche Inflation

Ob beim Milchkauf, beim Tanken oder im Restaurant – die Inflation trifft jeden. Im Juli stiegen die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat um durchschnittlich 7,8 Prozent. Hinzu kommt die „kalte Progression“, wenn bei der nächsten Lohnerhöhung die höhere Steuer zuschlägt. Und dies bei sinkenden Reallohnen – der Lohnzuwachs ist oft niedriger als die Inflation. Bei einem Anstieg der Erzeugerpreise um ein Drittel bleibt den Produzenten nichts anderes übrig, als diese irgendwann an die Endverbraucher weiterzugeben – meist mit einer zeitlichen Verzögerung. Doch eine einfache Preiserhöhung wäre einfalllos.

Kreativer, da eventuell nicht sofort entdeckt ist ein reduzierter Packungsinhalt – zum Zwecke der Intransparenz idealerweise mit einer Preiserhöhung kombiniert. Die Amerikaner nennen das treffend „Shrinkflation“. Trat das Mangelphänomen bislang eher bei Markenartikeln auf, greifen nun zunehmend deutsche Supermärkte bei ihren Eigenmarken zu diesem Trick. Die Verbraucherzentrale Hamburg deckt auf Kundenzuruf monatlich, besonders eindrucksvolle Fälle auf. So enthält die Packung „Jack's Farm Lammsteak“ für 6,99 Euro bei Aldi statt 400 nur 300 Gramm – ein Preisanstieg um 33 Prozent.

Besonders trickreich: Die Umverpackung hat eine unveränderte Größe. Zur Stellungnahme aufgefordert, begründet Aldi Stüd diese „Luftnummer“ mit einer Leugnung marktwirtschaftlicher Rationierung durch Preise: „Die veränderte Füllmenge ergibt sich auch aus der aktuellen Verknappung der Ware.“ Netto bietet 200 Gramm „Olivano's Linsen-Bulgursalat pikant“ um 50 Gramm reduziert statt für 0,89 nun für 0,99 Euro an. Die 39prozentige Preiserhöhung begründet der Discounter damit,

daß „im Februar eine Grammaturnstellung auf 200 Gramm stattgefunden“ habe. Die Verbraucher habe man „darüber transparent durch eine Anpassung der Grammaturangabe auf Verpackung sowie Preisschild informiert“, hieß es aus der Presseabteilung. Ansonsten hätte es wohl auch Ärger mit der Gewerbeaufsicht gegeben.

Die Verbraucherzentrale beobachtet zunehmend eine derartige intransparente Kombination aus Preiserhöhung und reduzierter Füllmenge. So seien in den vergangenen zwei Jahren 18 Prozent der von Kunden angezeigten Artikel hiervon betroffen gewesen, während es im ersten Halbjahr 2022 bereits 35 Prozent waren. Ein weiteres Beispiel dieses Kombi-Tricks bietet die „Naturgut Bio Holzofen-Pizza mit Mozzarella, Spinat & Feta“ bei Penny. Statt 460 Gramm zu 2,49 Euro ist sie jetzt mit nur 410 Gramm zu 2,99 Euro zu haben. Man habe „zugunsten von Qualität und Geschmack auf einen neuen Lieferanten umgestellt“. Und wer könnte das widerlegen?

Gemeinhin korrigiert das Statistische Bundesamt die Preise bei Qualitätsverbesserungen (neue PCs, Smartphones) nach unten, so daß eine geringere Inflationsrate ausgewiesen wird – nicht jedoch im umgekehrten Fall. Derzeit dürften allerdings eher Qualitätsverschlechterungen gängig sein, um Kosten zu sparen. Dies wird insbesondere bei Dienstleistungen offensichtlich: In der Pflege explodieren die Kosten, so daß trotz gestiegener Zuzahlung weniger Pflegezeiten möglich sind. Bei digitalisierten Fahrkartenverkäufen werden Kosten auf die Kunden verlagert, ohne daß die Preise sinken. Inflation – das unsichtbare Wesen?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



von
Dirk
Meyer

„Man habe zugunsten von Qualität und Geschmack nur auf einen neuen Lieferanten umgestellt.“

Steinkohleverstromung startet wieder

Ein Drama aus dem Tollhaus

Von Marc März

Das Drama der deutschen Energiepolitik mit dem Titel „Das langwierige Scheitern der Energiewende an der Realität“ ist um einen weiteren Akt reicher. In Niedersachsen kehrt mit einem mittelgroßen Block das Steinkohlekraftwerk Mehrum mit 690 Megawatt Nettoleistung aus der Reserve in die Erzeugung und Einspeisung zurück.

Kein Kraftwerk für deutsche Braunkohle, sondern ein Meiler in tschechischem Besitz, dem ausländische Steinkohle auf mit Schweröl betriebenen Schiffen an den eigens dafür gebauten Hafen am Mittellandkanal geliefert wird. Wirtschaftsminister Habeck selbst hat die Rückkehr des Steinkohlekraftwerks durch eine Verordnung erlaubt, die Stromproduktion aus Öl- und Steinkohlekraftwerken, die von der Reserve in den Betrieb wechseln, bis April 2023 gestattet.

Mit einem elektrischen Nettowirkungsgrad von gut 40 Prozent ist Mehrum eigentlich nicht wirklich effizient, aber das voll abgeschriebene Kraftwerk rechnet sich angesichts der Rekordpreise an der Strombörse und der guten Verfügbarkeit der verschiffbaren Steinkohle für den Betreiber.

Auf Mehrum werden weitere Kraftwerke folgen. Die steag plant, 2.300 Megawatt wieder an den Markt zu bringen. EnBW verschiebt schlicht die Überführung verschiedener Kraftwerksblöcke in die Reserve. Angesichts der logistischen Probleme beim Transport der Steinkohle warten andere Betreiber noch bis Oktober. Dann zeichnet sich ab, daß auch Braunkohlekraftwerke als Folge einer Gaseinsparverordnung, die Minister Habeck dieser Tage erstellen läßt, wieder aus der Reserve genommen werden dürfen.

Kohle statt Gas ist eine sinnvolle Rückkehr zum verlässlichen Energiemix. Dieser würde deutlich umweltfreundlicher ausfallen, hätte Deutschland nicht bei der Verteufelung von für die Grundlast notwendigen Kraftwerken sich selbst an Gründlichkeit überboten. Der Wahn, einen Industriestandort mit volatiler Ökoenergie versorgen zu wollen, scheidet seit 25 Jahren. Daß jetzt ein grüner Wirtschaftsminister per Verordnung Kohle verstromt um Gas zu sparen, ist ein weiterer Beleg für die grüne, realitätsverweigernde Energiedoktrin und bis zum offiziellen politischen Anerkennung des Irrwegs ein Drama aus dem Tollhaus.



Schlechter Start: Schon zur Eröffnung des neuen EZB-Turms in Frankfurt am Main 2015 schlug der Institution enormer Unmut entgegen

Gegen alle Gesetze

Geldpolitik: Die EZB will Schuldnern helfen, aber auch den Leitzinsen erhöhen – ein Kuhhandel?

JOACHIM STARBATTY

Die deutschen Staatsschulden eilen von Rekord zu Rekord. 2,3 Billionen Euro an Krediten haben Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung bis Jahresende 2021 angesammelt. Seit dem berühmten Spruch des früheren EZB-Präsidenten Mario Draghi am 26. Juli 2012 in London, die EZB werde die Eurozone zusammenhalten – „whatever it takes“, was auch immer es kostet – ist die Politik der Notenbank überdeterminiert. Neben dem vertraglich vorgegebenen Auftrag, den Geldwert des Euro stabil zu halten, will sie auch die Eurozone beisammenhalten.

Steigende Zinsen – um einer inflationären Tendenz entgegenzuwirken – hätten überschuldeten Mitgliedstaaten den Zugang zu billigem Geld verbaut, die Zinslast aus den Staatsschulden erhöht und ihre Kreditwürdigkeit an den Finanzmärkten herabgesetzt. Dies hätte ihren Euro-Austritt wahrscheinlich gemacht. Deshalb hat die EZB die Gefahren der Inflation nicht sehen wollen.

Um diese Haltung vor der Öffentlichkeit zu begründen, mußte sie die sich abzeichnende Inflation kleinreden oder als vorübergehend deklarieren. Als die schleichende Geldentwertung sich nicht mehr verleugnen ließ und mittlerweile zu einer trabenden Inflation wurde, war klar geworden, daß die EZB von ihrer Stillhaltepolitik abrücken muß.

In Erwartung steigender Zinsen stießen Anleger italienische Staatsanleihen ab, weil sie wegen der hohen Verschuldung Italiens und einer nahenden Regierungskrise mit deren Kursverfall rechneten. Ein Ausscheiden aus der Eurozone war wieder möglich. Daraufhin entschloß sich die Notenbank, gezielt Italiens Staatsanleihen aufzukaufen, um den Renditeabstand zwischen den deutschen und italienischen Papieren einzuebren. Dies sollte der „Fragmentierung des Anleihemarktes“ entgegenwirken und so die Geldpolitik stützen.

Der gezielte Ankauf von Staatsanleihen einzelner Länder verstößt jedoch gegen das Verbot, Staatsschulden der Euro-Mitglieder zu finanzieren. Eigentlich. Denn die jüngste Entscheidung des

Rates der EZB schafft eine Ausnahme. Der Rat, dem die Mitglieder des EZB-Direktoriums und die 19 Präsidenten der nationalen Zentralbanken angehören, billigte der Notenbank ein Instrument (Transmission Protection Instrument; TPI) zu, das es ihr erlaubt, bei Turbulenzen an den Finanzmärkten Staatsanleihen derjenigen Staaten aufzukaufen, deren Renditeabstand zu besser bewerteten, also meist deutschen Staatsanleihen zugenommen hatte. Marktfragmentierung nennt die EZB einen solchen Fall, den sie zu verhindern sucht.

Doch volkswirtschaftlich drücken die Renditeabstände die Einschätzungen der Marktteilnehmer in die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzierung eines Mitglieds aus. Bei einem solchen Fall von einer nicht mehr akzeptablen Fragmentierung zu sprechen sei eine PR-Idee der EZB, kommentiert Hans-Werner Sinn, der frühere Präsident des Ifo-Instituts. Die Währungsunion könne nur existieren, wenn Staaten, die sich höher verschulden, höhere Zinsen zahlen müßten. Doch ist der Schuldenstand einiger Mitgliedstaaten dermaßen hoch, daß bei einem steigenden Zinsniveau ihre Zahlungsfähigkeit gefährdet und ein Ausscheiden aus der Eurozone unvermeidbar wäre.

Die totgeglaubte Lohn-Preis-Spirale ist wieder lebendig

Daher ist in der Sondersitzung des EZB-Rates das TPI-Instrument zum gezielten Ankauf von Staatsanleihen überschuldeter der Mitgliedstaaten auch mit Billigung des Vertreters Deutschen Bundesbank beschlossen worden, obwohl er sich zuvor gegen den Ankauf italienischer Staatsanleihen ausgesprochen hatte.

Zeitgleich zum TPI-Beschluß wurden überraschend die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt erhöht und die Negativzinsen bei Hinterlegung von Geldern bei der EZB abgeschafft. Ob es sich hier um ein Tauschgeschäft handelt – Zustimmung zu diesem Instrument gegen einen höheren Zinsanstieg – läßt sich nur vermuten. Mit Sicherheit lassen sich dagegen dessen Wirkungen vorhersehen: Der gezielte Ankauf von Staatsanleihen signalisiert den Marktteilnehmern, daß die

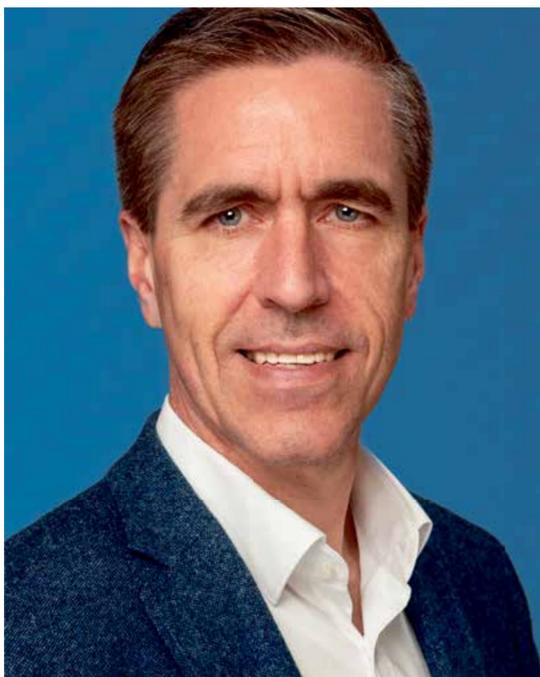
EZB am längeren Hebel sitzt, weil sie beliebig viel Geld drucken kann, um den Kurs von Staatsanleihen zu manipulieren. Das wirkt – zunächst einmal.

Dagegen sind die Auswirkungen einer Zinserhöhung um einen halben Prozentpunkt ungewiß. Daß sich so die Inflation und vor allem die Inflationserwartungen dämpfen lassen, ist unwahrscheinlich. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise um etwa 30 Prozent wird sich über kurz oder lang in den Verbraucherpreisen niederschlagen. Auch werden sich die Gewerkschaften gezwungen sehen, für die Beschäftigten zumindest einen Inflationsausgleich bei den Lohnverhandlungen herauszuholen. Den damit verbundenen Anstieg der Lohnstückkosten werden die Unternehmen an die Verbraucher weitergeben, um nicht selbst zahlungsunfähig zu werden. Die totgeglaubte Lohn-Preis-Spirale ist wieder lebendig geworden.

Obwohl im langfristigen Vergleich ein Leitzins in Höhe von 0,5 Prozent immer noch verschwindend gering ist, können die damit verbundenen Auswirkungen in anderer Hinsicht erheblich sein. Damit werden die Marktteilnehmer getroffen, die sich langfristig an Nullzinsen gewöhnt und entsprechend disponiert haben. Das spüren diejenigen Banken, die in dem Glauben an eine ständige Liquiditätszufuhr Kredite zu Niedrigzinsen an Zombie-Unternehmen ausgegeben haben. Diese Banken laufen nun Gefahr, als Zombie-Banken von ihren Staaten gerettet werden zu müssen. Zombie-Staaten drohen.

Dann sieht sich die EZB wieder gezwungen, diese Staaten mit frisch gedrucktem Geld zu retten. So führt die anhaltende Finanzierung von Staatsschulden durch die Zentralbank unweigerlich zu Inflation; Hyperinflation nicht ausgeschlossen. Das wird eine geschichtsträchtige Lektion drüber sein, wie es einer Währungsunion ergeht, wenn die Politiker glauben, entgegen den ökonomischen Gesetzen handeln zu können. Dies alles droht uns Bürgern, weil Frankreich und Italien die stabilitätsorientierte Deutsche Bundesbank und die von ihr gesteuerte D-Mark loswerden wollten.

Prof. Joachim Starbatty ist Ökonom und war von 2014 bis 2019 EU-Parlamentsabgeordneter.



Abonnieren Sie kostenlos den JF-Newsletter von Chefredakteur Dieter Stein!

jf.de/newsletter

Bleiben Sie gerade jetzt stets auf dem laufenden!